



Daniel Föst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bau- und wohnungspolitischer
Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Mangel lässt sich nicht verwalten

Wir müssen dringend etwas gegen die steigenden Mietpreise unternehmen. Die Menschen ächzen unter den steigenden Wohnkosten, gerade in den Metropolregionen gehen die Preise durch die Decke. Betroffen sind aber nicht nur sozial Schwache, das Problem reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft: der Polizist, die Krankenschwester, der einfache Angestellte. Die Zukunftsängste dieser Menschen resultieren direkt aus der Untätigkeit der Bundesregierung. Doch statt wirklich etwas gegen den Wohnraummangel zu unternehmen, verliert sich die GroKo in der Verteilung von Wahlgeschenken und wohlklingenden PR-Maßnahmen.

Das beste Beispiel: die Mietpreisbremse. Von der letzten Großen Koalition eingeführt, hat sie sich bisher als weitgehend wirkungslos erwiesen. Zum Glück, könnte man sagen, denn die Mietpreisbremse ist am Ende nur eine Scheinlösung. Statt endlich die Ursachen für die Kostenexplosion anzugehen und den Wohnungsbau anzukurbeln, werden mit der Mietpreisbremse nur Symptome bekämpft. Dabei ist klar: Der wirkungsvollste und beste Mieterschutz ist und bleibt ausreichend Wohnraum.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen 1,5 Millionen Wohnungen bis 2021 neu gebaut werden. Das erfordert knapp 200 Milliarden Euro an Investitionen und das Bauland ist hier noch nicht einmal miteingerechnet. Der Staat alleine wird diese Wohnungen nicht bauen können. Wir brauchen also die private Wohnungswirtschaft als Partner, wir brauchen mehr Kooperation und weniger Konfrontation. Die Mietpreisbremse konterkariert dieses Ziel.

Die Mietpreisbremse ist eine Kampfansage an Vermieter und Wohnungsunternehmen. Und sie ist eine reine Mangelverwaltung, weil sie kein Wohnraum schafft. Mangel kann man aber nicht verwalten, Mangel muss man beheben. Ein staatliches Preisregime und immer mehr Bürokratie sind der falsche Weg: wir müssen stattdessen entbürokratisieren, die Baukosten senken und mehr Bauland aktivieren. Günstiger Bauen heißt günstiger Wohnen.

Mit den angekündigten Verschärfungen will die Justizministerin die Mietpreisbremse wirkungsvoller machen. Was sie allerdings übersieht: mit ihrem Sanktionsregime treibt Frau Barley private Vermieter aus dem Markt. Mietwohnungen werden lieber in Eigentumswohnungen umgewandelt, Investitionen bleiben aus. Selbst wenn die Mietpreisbremse funktioniert, hilft sie am Ende nur dem einen aus hundert Bewerbern, der die Wohnung bekommt. Das ist der Wohlhabende mit gut bezahltem Job, ohne Kinder und ohne Haustier. Die 99 anderen Bewerber schauen in die Röhre.

Es gibt sinnvolle Möglichkeiten, den Angebotsmangel zu beheben. z.B. serielles Bauen, Typengenehmigungen einführen, schnellere Genehmigungsverfahren, die Bauindustrie digitalisieren und und und. Nur so entsteht mehr und damit günstiger Wohnraum für alle. Die Mietpreisbremse ist und bleibt ein Hemmschuh. Sie ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Deshalb wollen wir Freie Demokraten dieses gescheiterte Instrument abschaffen – damit Wohnen in Deutschland wieder bezahlbar wird.

FDP-Initiativen:

Wohnungsbau entbürokratisieren – Kostenexplosion eindämmen
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/016/1901692.pdf>

Trendwende zur Eigentümnation in Deutschland einleiten – Für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/016/1901696.pdf>

Kontakt

Daniel Föst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der FDP Bayern

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75281
daniel.foest@bundestag.de

Büro München

Baaderstr. 59
80469 München
Telefon: +49 89 45202432
daniel.foest.wk@bundestag.de